

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 21. Oktober 1955

Blatt 1841

Bürgermeister Jonas leicht erkrankt

=====

21. Oktober (RK) Bürgermeister Jonas ist leicht erkrankt und hat sich in Spitalsbehandlung begeben. Während seiner Abwesenheit führt Vizebürgermeister Honay die Amtsgeschäfte des Bürgermeisters.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 24. bis 30. Oktober

=====

21. Oktober (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 24. Okt.	Gr.M.V.Saal 19.30	Klavierabend Walter Gieseking (Mozart, Beethoven, Brahms, Schubert, Debussy, Ravel)
	Kammersaal (MV) 19.30	Konzert des Richard Wagner-Verbandes
Dienstag 25. Okt.	Gr.M.V.Saal 11.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 5. Konzert für die Schüler der dritten Klassen (Wr. Symphoniker, Dirigent Milo Wawak)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Juilliard-Quartett, New York (Bartok, Streichquartette 1-3)
Mittwoch 26. Okt.	Gr.M.V.Saal 11.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 6. Konzert für die Schüler der dritten Klassen; Wr. Symphoniker, Dirigent Milo Wawak

./.

Mittwoch 26. Okt.	Gr.M.V.Saal 15.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 1. Konzert im Abonnementzyklus für Schüler; Wr. Symphoniker, Dirigent Hans Swarowsky
	Brahmssaal (MV) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Musikvereinsquartett, Voraufführung des 2. Konzertes (Haydn, Mozart, Hindemith)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Orchesterkonzert; N.Ö. Tonkünstler- orchester, Luise Schlatter (Violine), Dirigentin Hedy Salquin (Viotti, Weber, Mendelssohn, Rimsky-Korssa- kow)
Donnerstag 27. Okt.	Gr.M.V.Saal 15.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 1. Konzert im Abonnementzyklus für Schüler (Wr. Symphoniker, Dirigent Hans Swarowsky)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Musikvereinsquartett, 2. Abend (Haydn, Mozart, Hindemith)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 2. Konzertes im Zyklus I der Wr. KHG (Bach "Hohe Messe")
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Juilliard-Quartett, New York (Bartok, Streichquartette 4-6)
Freitag 28. Okt.	Gr.M.V.Saal 20.00	Jazz-Quintett Hans Koller (New Jazz Stars)
	Gr.K.H.Saal 11.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 3. Aufführung des Tanzspiels "Die Geschichte von der harten Nuß" (für Schüler der zweiten Klassen)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus I; Wr. Sympho- niker, Wr. Kammerchor, Dirigent Dr. Hans Gillesberger (Bach, Hohe Messe H-Moll)
	Mozartsaal (KH) 19.30	1. Konzert des Pro-Arte-Orchesters; Gilbert Schuchter (Klavier), Diri- gent Dr. Meinhard Winkler (Mozart, Dvorak, Strawinsky)
Samstag 29. Okt.	Brahmssaal (MV) 19.30	Klavierabend Isabel Hizeman (Portu- gal)
	Kammersaal (MV) 19.30	Liederabend Gerda Nonnenmacher
	Mozartsaal (KH) 19.30	Schülerkonzert Friedrich Marschner

Samstag 29. Okt.	Schubertsaal (KH) 19.00	Konzert der Tamburizza-Freunde
Sonntag 30. Okt.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 2. Sonntag-Nachmittagskonzert; Dirigent Dr. Gustav Koslik (Bach, Händel, Mozart)
	Mozartsaal (KH) 20.00	Wr. Konzerthausgesellschaft: 1. Konzert im Zyklus V; Kammerorche- ster der Wr. Philharmoniker, Irmgard Seefried (Sopran), Dirigent Rafael Kubelik (Bach, Haydn, Suk, Bartok)

- - -

Rundfahrt "Neues Wien"

=====

21. Oktober (RK) Sonntag, den 23. Oktober, Route IV mit Be-
sichtigung des Kinderspielplatzes und des Kindergartens im Stadt-
park sowie des Gänsehäufels und der oberen Alten Donau.

Abfahrt vom Neuen Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 9 Uhr.

- - -

Das große Volksfest des freien Wien

=====

21. Oktober (RK) Der Mittelpunkt des großen Volksfestes,
das am Samstag abend aus Anlaß der Wiedererlangung der vollen
staatlichen Souveränität Österreichs von der Stadtverwaltung ver-
anstaltet wird, ist das Wiener Rathaus. Die Bundeshauptstadt wird
sich bereits vor Beginn der Feierlichkeiten in den frühen Abend-
stunden in festlichem Lichterglanz präsentieren. Ab 18 Uhr werden
die Kegel unzähliger Scheinwerfer und Soffitten folgende Baudenk-
mäler anstrahlen: Maria am Gestade, Parlament, Republikdenkmal,
Mosesbrunnen, Johann Strauß-Denkmal, Karlskirche, Kirche am Leo-
poldsberg, Pestsäule am Graben, Spinnerin am Kreuz, Haydn-Denkmal,
Hofburg, Burgtheater, Wienfluß-Einwölbung. Auch die Parkbeleuch-
tung im Rathauspark und im Stadtpark sowie die Beleuchtung des
Ringturmes wird um 18 Uhr eingeschaltet. Auf dem Stadtparkteich
wird ab 18 Uhr auch ein Wasserspiel mit farbigen Fontänen zu se-
hen sein.

Schlag 20 Uhr wird der Dirigent Hans Totzauer vor dem Wiener Rathaus den Taktstock zur Fanfare der Bläservereinigung der Wiener Symphoniker erheben. Nach der Egmont-Ouvertüre, gespielt von den Wiener Symphonikern unter Leitung von Prof. Moralt, hält Vizebürgermeister Honay um etwa 20.10 Uhr die Festrede. Das Konzert der Wiener Symphoniker und der von Prof. Leo Lehner geleiteten Chorvereinigung "Jung-Wien" wird dann bis 21 Uhr fortgesetzt werden. Um 20.45 Uhr wird gleichzeitig mit dem Einschalten der Festbeleuchtung des Rathauses der Hochstrahlbrunnen in Betrieb gesetzt. Ab 21 Uhr beginnt vor dem Rathaus das Platzkonzert der Polizeimusik Wien. Zur gleichen Stunde setzen Konzerte von Blaskapellen vor dem Republikdenkmal, auf dem Maria Theresien-Platz, auf dem Schillerplatz, auf dem Karlsplatz, vor dem Hochstrahlbrunnen, vor dem Johann Strauß-Denkmal, auf dem Parkplatz Ecke Kai - Rotentrumstraße, auf dem Deutschmeisterplatz und vor der Votivkirche ein. Der Abmarsch der Kapellen von den Sammelplätzen in den Bezirken erfolgt zwischen 20 und 20.15 Uhr. Als Sammelplätze und Anmarschwege wurden festgelegt: Richard Wagner-Platz - Thaliastraße - Lerchenfelder Straße - Republikdenkmal. Westbahnhof - Mariahilfer Straße - Babenbergerstraße - Maria Theresien-Platz. Triester Straße Nr. 1 - Triester Straße - Wiedner Hauptstraße - Elisabethstraße - Schillerplatz. Columbusplatz - Favoritenstraße - Karlsgasse - Karlsplatz. Ecke Landstraßer Hauptstraße - Rennweg - Rennweg - Hochstrahlbrunnen. Ecke Landstraßer Hauptstraße - Schlachthausgasse - Landstraßer Hauptstraße - Johann Strauß-Denkmal. Praterstern - Praterstraße - Marienbrücke - Ecke Kai - Rotenturmstraße (Parkplatz). Wallensteinplatz - Jägerstraße - Obere Donaustraße - Augartenbrücke - Deutschmeisterplatz. Schubertpark - Währinger Straße - Votivkirche.

Das Fest der Wiener Tschechen beginnt um 20 Uhr vor dem Messepalast. Im Rahmen dieser Veranstaltung werden Trachtengruppen Volkstänze vorführen. Auf dem Wege zum Messepalast werden die Gruppen einige Ständchen bringen. Sämtliche Veranstaltungen sind allgemein frei zugänglich, einschließlich der zentralen Veranstaltung vor dem Rathaus. Um etwa 21.30 Uhr, zusammenfallend mit der großen Pause der Don Carlos-Premiere im Burgtheater, wird auf dem Heldenplatz ein großes Feuerwerk abgebrannt.

Im Falle von Schlechtwetter werden alle Veranstaltungen auf den Sonntagabend, den 23. Oktober, verschoben. Bei zweifelhaftem Wetter wird die Bevölkerung am Samstag, ab 18 Uhr, über das erste Programm des Österreichischen Rundfunks verständigt, ob die Veranstaltung doch stattfindet oder auf Sonntag verschoben wird. Sollte auch am Sonntag das Wetter für die Durchführung der Veranstaltungen nicht günstig sein, wird der Rundfunk in seinem Abendprogramm die Rede des Vizebürgermeister Honay und das Festkonzert der Wiener Symphoniker und der Chorvereinigung "Jung Wien" aus dem Studio übertragen.

Alle Eltern werden im eigenen Interesse ersucht, Kleinkinder zur Feier nicht mitzunehmen. Auch um die Schonung der Parkanlagen und der Rasenflächen in den Alleen der Ringstraße wird gebeten.

- - -

"Leben und leben lassen"

=====

Präsident Marek zum Tag der endgültigen Befreiung

Erste Sitzung des Wiener Landtages nach den Ferien

21. Oktober (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zu seiner ersten Sitzung nach den Ferien zusammen. Der Vorsitzende erwähnte unter den wegen ihrer Abwesenheit entschuldigtem Abgeordneten Landeshauptmann Jonas und teilte mit, daß er leicht erkrankt sei. Im Namen des Hauses sprach er unter allgemeinem Beifall die besten Genesungswünsche für den Landeshauptmann aus.

An Anfragen lagen vor: eine von der VO und eine von der ÖVP.

Anläßlich des Tages der endgültigen Befreiung Österreichs ergriff nun Landtagspräsident Marek das Wort und führte aus:

"Keinen schöneren Tag als den heutigen kannte seit vielen Jahrzehnten unser Österreich, unsere Bundeshauptstadt. Denn nach Abzug aller Besatzungstruppen gibt der Ablauf dieses Tages unserem Lande die ihm seit 17 Jahren durch Gewalt vorenthaltene volle Souveränität wieder. Es ist jener Tag, an dem sich unser Blick von der durchmessenen Leidenszeit einer Zukunft in Freiheit und Selbst-

bestimmung zuwenden darf. Der Hoffnung auf diesen Tag habe ich vor den Mitgliedern des Hohen Landtages in der Sitzung vom 17. Juni Ausdruck verliehen. Nun hat sich diese Hoffnung Österreichs auf Befreiung von politischer und wirtschaftlicher Bevormundung erfüllt. Österreich ist frei!

Es soll nicht bestritten werden, daß Ereignisse von welt-historischer Bedeutung dieses Befreiungswerk eingeleitet und ermöglicht haben. Die Kompromissbereitschaft der Großmächte, die Annäherung der Standpunkte, hat ein Abflauen des kalten Krieges zur Folge gehabt und eine friedliche Weltpolitik eingeleitet, die an dem Problem Österreich. ihre Feuerprobe bestanden hat. Der Abschluß des Staatsvertrages war das für die ganze Welt beruhigende, für Österreich segenbringende Ergebnis dieser Probe. Sie wurde bestanden, weil sich alle die weise Devise zu eigen machten: "Wo ein Wille, ist auch ein Weg!"

Es kann aber keinesfalls geleugnet werden, daß Österreich und sein Volk in Bedrängnis und Not, mit zäher Ausdauer und nimmermüder Geduld, in heroischer Selbstbeherrschung seine Heimstätten aus Schutt und Asche aufgebaut, seine Maschinen wieder in Gang gebracht hat. Durch Demarkationslinien ein Jahrzehnt lang in seiner Freizügigkeit gehemmt, durch Eingriffe der vier Besatzungsmächte in seiner Selbstachtung verletzt, in seinem freien Schaffen behindert, hat der Österreicher, hat der Wiener dem unverdienten Schicksal getrotzt und erhobenen Hauptes die Palme der Freiheit errungen. Sie war der selbstverdiente Lohn für seine täglichen Mühen und Plagen, für seine Ausdauer und seine Aufopferung.

Die vier Großmächte, die seit 1945 unser Land besetzt gehalten haben, sind abgezogen. Die Kontrolle, unter die sie unsere Verwaltung gestellt haben, ist aufgehoben. Was wir in zehn Jahren mit heißen Herzen ersehnt haben, ist Wirklichkeit geworden. Unser unerschütterlicher Glaube an Österreich hat gesiegt. Es ist für alle Österreicher ohne Unterschied der erhebendste Augenblick.

Die Epoche der Nachkriegszeit hat damit ihren Abschluß gefunden. Ihren glücklichen Abschluß wird das Hohe Haus des Parlamentes durch die Neutralitätserklärung beschließen. Wir haben deshalb allen Anlaß zu stolzer Freude. Vorbei ist die Zeit, da unser Bürgermeister, das freigewählte Oberhaupt unserer Stadt, zu regel-

mäßigen Rapporten zu Generälen berufen wurde und erscheinen mußte. Vorbei ist die Zeit, da Beamte der Verwaltung zittern mußten, wenn sie zur Berichterstattung beordert wurden. Vorbei ist die Zeit, da die größten, ja lebenswichtigsten Industrieunternehmungen unseres Landes unter fremder Verwaltung für fremde Nutznießung arbeiten mußten. Vorbei ist die Zeit, da die Genesung unserer Wirtschaft durch unkontrollierte Warenimporte gehemmt, ja zum Schaden unseres Volkes absichtlich verzögert wurde.

Der Abschluß des Staatsvertrages, der Ablauf der 90tägigen Räumungsfrist bedeutet deshalb in der wechselvollen Geschichte unseres schwer heimgesuchten Landes eine Wendung zum Besseren, zu kulturellem und wirtschaftlichem Aufstieg. Es erfüllt uns mit großer Zuversicht für die Zukunft, daß für das Jahr 1955 eine Erweiterung des Brutto-Nationalproduktes auf annähernd 100 Milliarden Schilling angenommen wird. Verglichen mit dem Jahre 1954 bedeutet das eine Steigerung von 10 Prozent. Mit Stolz verzeichnen wir die Vollbeschäftigung in der Wiener Wirtschaft. Mit Genugtuung können wir sagen, daß die Wiener und die meisten österreichischen Produktionsbetriebe die Kapazitätsgrenze erreicht haben. Allgemein ist das wirtschaftliche Bestreben auf eine Vermehrung der Konsum- und Produktionsgüter ausgerichtet.

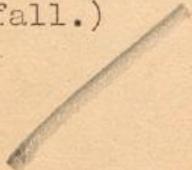
Diese Entwicklung ist gewiß eine erfreuliche Folge der politischen Entspannung in der Welt. Sie ist aber auch Zeugnis und Ausdruck der Friedensehnsucht aller Völker. Der Zustrom von Festgästen nach Wien anlässlich der Wiener Festwochen, der Andrang der Handelswelt aus Ost und West zu der Wiener Herbstmesse, hat unsere Stadt wieder in den Mittelpunkt des Austausches und Verkehrs für Zentraleuropa gestellt. Die in unserer Stadt wiederaufgebauten Bühnen, das Burgtheater und das Opernhaus, werden Wien wieder zum Zentrum europäischen Geistes und europäischer Kultur machen. So wird Wien in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht das größte Schaufenster des Westens und das Handelstor nach dem Osten sein. Das ist natürlich nur möglich, wenn in Politik und Wirtschaft allseits ein maßvolles Konzept gehandhabt wird. Ausdruck solcher Auffassung ist das heute viel gebrauchte Fremdwort von der Koexistenz. Seit langem galt und gilt bei uns Österreichern, bei uns Wienern der Sinn dieser Devise. Sie ist bei uns geläufig in den Worten: "Leben und leben lassen", und wurde zu

Unrecht geringschätzig belächelt. Die ganze Welt richtet sich heute darnach und fährt sicherlich nicht schlecht dabei: denn man lebt in Frieden!

Angesichts der schönen Zukunftsaspekte dürfen wir der großen Aufgaben, die unser harren, nicht vergessen. Es gilt, die Prosperität zu bewahren, der Jugend den Weg zur Arbeit zu ebnen, den alten den Lebensabend zu verschönern, die Wirtschaft in Gang zu halten. Ich glaube die Gefühle der Mitglieder des Hohen Landtages richtig zu verdolmetschen, wenn ich sage, daß wir uns als freigewählte Vertreter des Wiener Volkes unserer Verantwortung bewußt sind, auf befreitem Boden, in freier Heimat zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bevölkerung wirken zu dürfen. Und in Abwandlung eines bekannten Dichterwortes darf ich heute von unserer Heimat sagen:

"Das Land ist schön und gütig wie der Himmel,
Und die's bebauen, sie geüßen auch
Den Segen, den sie pflanzen."

(Allgemeiner Beifall.)



Das Kanaleinmündungsgebührengesetz

Stadtrat Afritsch (SPÖ) referiert sodann über das Kanalanlagen- und Einmündungsgebührengesetz, über das der Landtag bereits im Juni dieses Jahres beschlossen hat, gegen das jedoch die Bundesregierung Einspruch erhoben hat. Dieser Einspruch bezieht sich jedoch lediglich auf einige Gesetzesstellen, denen keine praktische Bedeutung zukommt und dem daher Rechnung getragen werden soll. Der Entwurf dieses Gesetzes wurde von allen Parteien bei der Abstimmung angenommen.

Abänderung des Bezirkseinteilungsgesetzes

Über eine Abänderung des Bezirkseinteilungsgesetzes 1954 referierte gleichfalls Stadtrat Afritsch. Bei der bisherigen Einteilung von Wien mußte auf verschiedene Wünsche der Alliierten Rücksicht genommen werden. Nach Abzug der Besatzung ist jedoch der Zeitpunkt gekommen, um die Einteilung des Gebietes der Stadt Wien in Bezirke vorzunehmen, wie sie den Wünschen der Bevölkerung und auch der Verwaltung entsprechen. Man war sich bereits 1954, als das Gebietseinteilungsgesetz geschaffen wurde, klar darüber, daß es sich nur um eine provisorische Einteilung handeln konnte. Das war auch der Grund, warum im Vorjahr nicht auch der § 2 der Verfassung der Stadt Wien, der noch die alte Bezirkseinteilung in 21 Bezirke enthält, wie sie bis zum Jahre 1938 Geltung hatte, unter einem novelliert wurde. Nunmehr soll Albern mit Simmering, die Kuchelau mit Döbling, das Gebiet um den Exelberg mit Hernals und die Katastralgemeinden Hadersdorf und Weidlingau mit Penzing verbunden werden. Der Lainzer Tiergarten, der Liesing angegliedert war, soll nach seiner geographischen Lage zum 13. Bezirk kommen. Seit jeher bestand ein vielfacher ortsgeschichtlicher Zusammenhang zwischen dem 13. Bezirk und dem Lainzer Tiergarten. Ein Abänderungsantrag sieht auch vor, das sogenannte "Hadersdorfer-türl" in Weidlingauertor" umzubenennen, da dieser Ausdruck auch in den Karten gebraucht wird. Es werden sich auch noch bei einer Reihe von Gemeindebezirken einige Notwendigkeiten zur Bereinigung der Bezirksgrenzen als notwendig erweisen, so zum Beispiel das Gebiet um den Süd- und Ostbahnhof. Hier wird nach Fertigstellung

des neuen Bahnhofes eine zweckmäßige Umlegung der Grenze des 4. und des 10. Bezirkes durchgeführt werden müssen. Über derartige Grenzumlagen hat jedoch der Gemeinderat zu beschließen.

Abg. Hausner (VO) begrüßt die neue Bezirkseinteilung, die von seiner Fraktion seit langem gefordert wurde. Er erachte es jedoch als notwendig, in den ausgemeindeten Gebieten Volksabstimmungen abzuhalten und der Bevölkerung dadurch die Möglichkeit zu geben, darüber zu entscheiden, ob sie zu Wien zurückkommen wolle oder nicht. Diese Entscheidung des Volkes müßte dann jedoch auch respektiert werden.

Abg. Bock (SPÖ) betonte, daß mit dieser Novelle ein Schlußstrich unter die Tragik der Besetzung und des kalten Krieges gesetzt wird. Damit werde aber auch wieder einmal das Problem der Randgemeinden in den Vordergrund gestellt. Namens der Sozialistischen Fraktion erklärte er, daß diese bereit sei, dort, wo eine organische Zusammengehörigkeit zu Wien aus wirtschaftlichen oder verkehrstechnischen Gründen besteht, diese Gemeinden wieder in unsere Stadt aufzunehmen. Das sei aber vorwiegend eine Angelegenheit dieser Gemeinden selbst und des Landes Niederösterreich.

Auch die Grenzen innerhalb unserer Stadt müßten dort und da korrigiert werden. Die Bezirke sollten entsprechende Vorschläge unterbreiten, denn von ihnen müßte diese Aktion ausgehen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Afritsch unterstrich in seinem Schlußwort die Wichtigkeit einer Vergrößerung unserer Stadt für ihre Weiterentwicklung. Das von dem VO-Abgeordneten Hausner empfohlene Rezept könne aber nicht zum Erfolge führen. Wichtig sei nicht nur die Bereitschaft des Wiener Landtages, sondern auch die der betroffenen Gemeinden selbst, des Landes Niederösterreich und des Parlaments.

Was die Grenzen der einzelnen Bezirke innerhalb Wiens anlangt, sei die Magistratsdirektion mit einer Durchsicht beschäftigt. Es wird getrachtet werden, alle auftauchenden Probleme im Einverständnis mit den Bezirken zu lösen.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf und der vom Berichterstatter vorgebrachte Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Wiener Stiftungs- und Fonds-Reorganisationsgesetz

Stadtrat Afritsch berichtete sodann über das Wiener Stiftungs- und Fondsreorganisationsgesetz. Seit Jahren bestehende Stiftungen und Fonds wurden seit 1938 in großer Zahl aufgelöst oder, wenn sie bestehen blieben, nach nationalsozialistischen Grundsätzen verändert. Die Stiftungen und Fonds haben ihre Rechtspersönlichkeit verloren und konnten daher keine Ansprüche auf Rückstellung des entzogenen Vermögens stellen.

Anträge auf Wiederherstellung der Rechtspersönlichkeit kann derjenige stellen, der am 10. März 1938 zur Vertretung der Stiftung oder des Fonds berufen war. Die Abänderung oder Auflösung kann hingegen beantragen, wer im Zeitpunkt der Antragstellung zur Vertretung berufen ist. Über diese Anträge entscheidet die Landesregierung.

Der Zweck des Gesetzes liegt insbesondere in der Wiederherstellung von aufgelösten Landes-Stiftungen und -fonds, die nun nach Erlangung ihrer Rechtspersönlichkeit Ansprüche auf Rückstellung des ihnen ab 1938 entzogenen Vermögens geltend machen können.

Abg. Dr. Bohmann (SPÖ) verwies auf eine Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 20. Oktober, wonach die Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen nach dem ersten, zweiten, dritten und fünften Rückstellungsgesetz bis zum 31. Juli 1956 verlängert wurde. Er stellte daher den Antrag, die Antragsfrist zur Abänderung, Herstellung durch Auflösung von Stiftungen und Fonds gemäß diesem Gesetz von zwei auf sechs Monate zu erweitern. Er stellte fest, daß dieses Gesetz einen Fortschritt in der Rechtsentwicklung auf dem Gebiete der Stiftungen und Fonds bedeutet. (Beifall bei der SPÖ.)

Berichterstatter Stadtrat Afritsch stimmte der Abänderung zu, worauf die Vorlage einstimmig beschlossen wurde.

Wiener Kinogesetz endgültig beschlossen

Stadtrat Mandl (SPÖ) referierte über das Wiener Kinogesetz. Er wies darauf hin, daß am 17. Juni das neue Kinogesetz vom Wiener Landtag beschlossen wurde. Mit Beschluß vom 21. Juli hat die Bundesregierung dagegen Einspruch erhoben, und zwar mit der Begründung

daß in diesem Gesetz auch der öffentliche Empfang von Fernsehsendungen geregelt wird. Diese Angelegenheiten sind jedoch nach der Meinung der Bundesregierung in Gesetzgebung und Vollziehung dem Bund unterstellt. Man könnte nun dem Land Wien den Vorwurf machen, daß dieser Umstand schon im Entwurf des Gesetzes hätte berücksichtigt werden können. Dazu bemerkte der Referent, daß die Kinogesetzgebung Landessache sei. Um aber eine gewisse Einheitlichkeit zu erreichen, wurde Wien damit beauftragt, einen Mustergesetzentwurf auszuarbeiten, nach dem die anderen Bundesländer ihre eigenen Landesgesetze beschließen sollten. Das erste Kinogesetz, das nach dem Wiener Musterentwurf beschlossen wurde, ist das oberösterreichische. Hier jedoch kam es zu keiner Beanstandung.

Wie der Referent weiter ausführt, habe man sich entschlossen, den Einspruch stattzugeben und das Wort "Fernsehübertragungen" aus dem § 1 des Gesetzes herauszunehmen. Es besteht jedoch die Absicht, für Wien ein eigenes Fernsehgesetz zu entwerfen und dem Verfassungsgerichtshof zur Entscheidung vorzulegen. Das Land Wien verrete nämlich nicht die Auffassung, daß alle Angelegenheiten des Fernsehens Bundessache sind.

Die Bundesregierung hat weiter dagegen Einspruch erhoben, daß in dem Gesetz Aufführungen im Rahmen des Schulbetriebes, im Hörsaalunterricht in Volksbildungsanstalten oder wissenschaftlichen Instituten als nicht konzessionspflichtig bezeichnet werden. Diese Vorführungen fallen nach Meinung des Bundes überhaupt nicht unter das Kinogesetz. Diesem Einspruch wurde gleichfalls stattgegeben.

Bei der Abstimmung wurde der abgeänderte Entwurf des Wiener Kinogesetzes ohne Debatte in erster und zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Damit war die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Wiener Landtages erledigt.

- - -

Wiener Gemeinderat
=====

21. Oktober (RK) Unter dem Vorsitz von GR. Marek trat im Anschluß an den Landtag der Wiener Gemeinderat zusammen. An Anfragen lagen vor: von der VO 4, von der ÖVP 3.

Folgende Anträge wurden eingebracht: von der ÖVP: "betreffend Freifahrtscheine für die Dauerunterstützten und Sozialrentner der Gemeinde Wien für die städtischen Verkehrsmittel", "betreffend Errichtung eines neuen Lehrlingsheimes durch die Stadt Wien", "betreffend Renovierung der St. Johann-Kapelle in Margareten", "betreffend Zuerkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Personen, die aus dem Baltikum, bzw. westukrainischen Gebiet zugewandert sind", "betreffend Einführung eines einheitlichen Teilstreckentarifes in Wien", "betreffend sofortigen Beginn des Neubaus der Volksschule in Hadersdorf-Weidlingau", "betreffend Nichteinbeziehung der Kinderbeihilfe bei der Bemessungsgrundlage für Regreßleistungen", "betreffend Einbeziehung der Kleingewerbetreibenden in die Streichung, bzw. Senkung der Grundgebühren für den Bezug von Gas und Strom", "betreffend Einführung einer Ausflugskarte für kinderreiche Familien". Von der VO: "betreffend Erhöhung der Fürsorgeunterstützungen", "betreffend Herabsetzung des Strompreises für die Kleinstabnehmer", "betreffend Einbeziehung der Autobus- und Obuslinien in den Einheitstarif der Straßenbahn (Stadtbahn)". Sämtliche Anträge wurden der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen. Ferner lag ein Antrag der VO, "betreffend Sofortmaßnahmen zur Verbilligung der Verkehrstarife" vor, zu dem die dringliche Behandlung verlangt wurde. Darüber wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden.

50 Millionen für die Wiener Kinos

Über die Haftung der Stadt Wien für von der Zentralsparkasse an die Wiener Kinos zu gewährende Investitionskredite bis zu 50 Millionen Schilling referierte Stadtrat Resch. Er führte aus, daß die technische Ausrüstung und die Ausstattung der Wiener Kinos hinter den Erfordernissen unserer Zeit sehr zurückgeblieben sind. Daher ist die Fachgruppe der Lichtspieltheater an die Gemeinde Wien

mit der Bitte herangetreten, an der Schaffung eines Investitionsfonds mitzuhelfen, um die technischen Einrichtungen modernisieren zu können. Die Fachgruppe hat vorgeschlagen, daß ab 5. August die Preise um 50 Groschen erhöht und davon 30 Groschen auf einen Investitionsfonds eingezahlt werden sollen, und zwar durch fünf Jahre hindurch. Nach den Berechnungen des Magistrates macht die Einzahlung von 30 Groschen, wenn sie von der Vergnügungssteuer befreit sind, jährlich 14,4 Millionen Schilling aus, sodaß in fünf Jahren mit 72 Millionen gerechnet werden kann. Auf Ersuchen der Fachgruppe wurde daher die Vergnügungssteuer für diese 30 Groschen nachgelassen. Leider, so betonte Stadtrat Resch, war es nicht möglich, ein gleiches Entgegenkommen bezüglich der Warenumsatzsteuer des Bundes zu erreichen.

Die einlaufenden Beträge werden nun auf Betriebskonten jedes einzelnen Betriebes eingezahlt. Nun ist es zweifellos so, daß in den ersten Jahren dieser Aktion die eingezahlten Mittel zu gering sein werden, um die notwendigen Investitionen voll decken zu können. Die Überbrückung dieser Zeit soll nun durch einen Kredit der Zentralsparkasse geschehen, die jedoch zur Gewährung eine Sicherstellung braucht. Die Haftung soll die Stadt Wien übernehmen. Nach Ansicht des Referenten ist für die Stadt Wien bei dieser Haftungsübernahme keine Gefahr, weil die Beträge automatisch eingezahlt werden. Stadtrat Resch legte daher dem Gemeinderat folgenden Antrag zur nachträglichen Genehmigung vor: "Die Stadt Wien übernimmt für von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien den Wiener Lichtspieltheatern zu gewährende Investitionskredite bis zu einem Gesamtbetrag von 50 Millionen Schilling, zuzüglich Zinsen, Spesen und Kosten aller Art, die Haftung als Bürge und Zahler."

GR. Dr. Fiedler (ÖVP) begrüßt den vorliegenden Antrag, der es endlich ermöglichen wird, die Wiener Lichtspieltheater den neuzeitlichen Anforderungen entsprechend zu modernisieren. Ihre finanzielle Lage war ja bisher leider so, daß sie nicht die Möglichkeit zur Kapitalbildung und damit zu Investitionen hatten. Er hoffe, daß eine Erhöhung des Betrages ohne große Schwierigkeiten vorgenommen werde, falls die bereitgestellten Mittel nicht ausreichen. Er müsse jedoch auch an einen anderen Sektor der

gewerblichen Wirtschaft erinnern, der es genau so notwendig hätte, daß ihm auf ähnliche Art geholfen wird. Es handelt sich um die Fremdenverkehrsunternehmungen. Besonders jenen Betrieben, die bis vor kurzem von Besatzungsmächten in Anspruch genommen waren, müßte durch die Gewährung von Krediten geholfen werden. Leider sind auf diesem Gebiete bisher keine konkreten Absichten bekannt. Die Stadtverwaltung möge sich am Land Niederösterreich ein Beispiel nehmen, das bereits die Haftung für Kredite für Fremdenverkehrsbetriebe übernommen hat. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag auf Übernahme der Haftung durch die Stadt Wien für Kredite an Wiener Fremdenverkehrsbetriebe für einen Betrag bis zu insgesamt 80 Millionen Schilling. Außerdem solle die Gemeinde dem jeweils geltenden Zinsfuß drei Prozent aus eigenen Mitteln zuschießen. Dieser Zinszuschuß soll aus einem Fonds aus den Mitteln der Getränkesteuer und der Ortstaxe, die um ein Vielfaches höhere Einnahmen erzielten als angenommen wurde, gespeist werden. Die Kredite sollen eine Laufzeit bis zu 10 Jahren haben.

Stadtrat Resch stellt abschließend fest, daß sich die von Dr. Fiedler geforderte Erhöhung der bereitgestellten 50 Millionen Schilling kaum als notwendig erweisen wird, denn im Antrag ist ja ausdrücklich vorgesehen, daß die Höchstsumme des Kredites 80 Prozent der Einzahlungen ausmachen darf. Die Einzahlungen werden nun in den fünf Jahren auf 72 Millionen geschätzt. 80 Prozent von 72 Millionen sind 57,6 Millionen. Da anzunehmen ist, daß nicht sämtliche Betriebe sofort in den ersten Monaten ihre Investitionen, die sie in fünf Jahren machen können, im Gesamtbetrag tätigen werden, kann man sicher damit rechnen, daß mit den 50 Millionen das Auslangen gefunden wird.

Bezüglich der Ermöglichung von Krediten für die Fremdenverkehrsunternehmungen sei zu wünschen, daß die Herren der Österreichischen Volkspartei dieselbe Energie, mit der sie bei der Gemeinde Wien dafür eintraten, auch beim Bund entfalten mögen. Er stellte fest, daß die Wiener Fremdenverkehrsbetriebe nur einen Bruchteil der Österreich gewährten ERP-Mittel erhalten haben. Die westlichen und südlichen Bundesländer erhielten dagegen Unsummen. Bei allen Stellen des Bundes werden jedoch mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln die berechtigten Forderungen des Wiener Gewerbes

zurückgewiesen. Bezüglich der Ortstaxe ist zu sagen, daß sie wohl etwas höhere Einnahmen bringen wird als angenommen, daß man aber von einem Vielfachen nicht sprechen könne. Außerdem ist dieser Betrag zweckbestimmt. Es kommt kein Groschen davon in die Gemeindekasse.

Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen, der Abänderungsantrag den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

13. Monatsrente für alle Wiener Gemeindebefürsorgten

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) referierte sodann über die nachträgliche Genehmigung der Gewährung eines 13. Monatsbezuges für alle Dauerbefürsorgten der Gemeinde Wien. Soweit ein Dauerunterstützungsempfänger einen 13. Monatsbezug von anderer Seite erhält, ist nur der Differenzbetrag zwischen dem Richtsatz und dem von dritter Seite bezahlten Monatsbezug auszuführen. Vizebürgermeister Honay stellt fest, daß bereits im vergangenen Jahr eine 13. Rente ausbezahlt wurde. Nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz erhalten auch alle Sozialrentner des Bundes jährlich einen solchen Bezug. Es sei daher selbstverständlich, - darauf habe er schon im vergangenen Jahr verwiesen, - daß auch die Gemeinde Wien alljährlich ihren Dauerbefürsorgten diesen 13. Bezug gewährt. Der Gemeinde erwächst dadurch in diesem Jahr eine Ausgabe von 3,6 Millionen Schilling.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) begrüßt den Antrag und bedauert gleichzeitig, daß hierfür eine nachträgliche Genehmigung erforderlich ist, wo doch Zeit genug gewesen wäre, einen bereits von ihrer Fraktion gestellten diesbezüglichen Antrag rechtzeitig zu behandeln. Es gehe auch nicht an, daß, wie die Rednerin ausführt, die Renten durch Beamte persönlich ausgezahlt werden, sodaß die Leute glauben müssen, diesen Beamten oder ihrer Partei zu Dank verpflichtet zu sein. Die 13. Rente wurde dadurch ermöglicht, daß sich die Situation in unserem Lande grundlegend geändert hat. Es stehen viele Menschen im Arbeitsprozeß und unsere Währung ist stabil. Dieser wirtschaftliche Aufstieg sei von der Österreichischen Volkspartei ermöglicht worden. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Mistingher (SPÖ) erklärt, auf Grund der Protokolle könne man stets nachschlagen und feststellen, daß es die Sozialisten waren, die die 13. Monatsrente beantragt haben und die für sie eingetreten sind. Seine Fraktion will aber keine Lizitationspolitik auf Kosten der Armen betreiben. Die Tatsache, daß die Sozialisten die Vorkämpfer für die 13. Monatsrente gewesen sind, wird die ÖVP nicht mehr wegleugnen können. Die Sozialisten haben das Verdienst daran, denn auch sie waren diejenigen, die im ASVG die 13. Monatsrente im Gegensatz zur Handelskammer durchgesetzt haben. (Beifall bei den Sozialisten.) GR. Mistingher schloß mit den Worten: Wir werden unseren Armen und Befürsorgten nach Möglichkeit helfen, und wir hoffen, daß die Wiener Bevölkerung die demagogischen Anträge der ÖVP wie bisher aufnimmt. (Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Lauscher (VO) verfocht die Ansicht, daß nur die Rentner selbst es waren, die die Auszahlung der 13. Monatsrente erkämpften. Daß gerade jetzt die beiden Regierungsparteien versuchen, dieses Verdienst für sich in Anspruch zu nehmen, sei beschämend. Die Sozialisten können im Protokoll nicht nachweisen, daß sie die Vorkämpfer im Wiener Gemeinderat waren, wohl aber haben wir einen Brief des Bürgermeisters, in dem er ausdrücklich festgestellt hat, daß eine 13. Monatsrente im Widerspruch mit dem Wesen der Fürsorge stehe. Wir bekennen uns mit Stolz zu dem von den Rentnern errungenen Erfolg.

In seinem Schlußwort sagte Vizebürgermeister Honay: Das Tauziehen um die Rentner ist hier im Gemeinderat völlig falsch am Platz. Ich habe während der Budgetdebatte auf eine Anfrage der VO feierlich erklärt, daß die Gemeindeverwaltung selbstverständlich die 13. Monatsrente ausbezahlen wird. Und dieses Versprechen habe ich im vorigen Jahr eingehalten und habe es auch heuer wieder restlos verwirklicht. Im übrigen haben wir alle Ursache, uns gemeinsam darüber zu freuen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

./.

Neuer Kindergarten in Hietzing

Über die beabsichtigte Errichtung eines neuen städtischen Kindergartens in Wien 13, Anton Langer-Gasse 45, berichtete GR. Mistingier (SPÖ).

GR. Nora Hiltl (ÖVP) verwies darauf, daß in unmittelbarer Nähe des gepl. nten Kindergartens ein noch aufnahmefähiger Kindergarten der Caritas und außerdem in Lainz ein städtischer Kindergarten bestehen und warf die Frage auf, ob da etwa beabsichtigt sei, dem Caritas-Kindergarten Konkurrenz zu machen. Es wäre vernünftiger und im Interesse der Bevölkerung besser gewesen, eine schon bestehende Einrichtung auszubauen. Es ist auch erstaunlich, daß der Zins von 250 Schilling für den Kindergarten der Pfarre Lainz, der in einem Bau der Gemeinde Wien untergebracht ist, um 50 Prozent erhöht wird. Man will also hier eine soziale Institution nicht nur nicht unterstützen, sondern ihr die Arbeit noch erschweren. Wir freuen uns, wenn Kindergärten gebaut werden, wir bejahen auch diesen Antrag, aber wir würden doch dringend raten, so zu planen, daß der Bevölkerung damit wirklich geholfen ist.

Die Sozialistische Fraktion möge aber durch eine Änderung der Wohnbaupolitik auch dafür sorgen, daß die Wohnungen an die kinderreichen Familien vergeben werden, damit unsere Stadt wieder junges Leben hervorbringen kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Berichterstatter Mistingier sagte zu, die Frage der Zinserhöhung für den Kindergarten zu überprüfen und nach Möglichkeit eine Erleichterung zu schaffen. Die Gemeinde Wien will keinem Kindergarten Konkurrenz machen. Die Frau Gemeinderat komme allerdings mit ihren Bedenken spät, denn schon am 21. Juli wurde dieses Geschäftsstück im Ausschuß vorberaten und auch von den Mitgliedern der ÖVP mitbeschlossen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Neue Verpflegsgebühren in den Altersheimen

Vizebürgermeister Weinberger vertrat den Antrag auf Neufestsetzung der Verpflegsgebühren für die Wiener städtischen Altersheime, Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke, Jugendfürsorgeanstalten und Herbergen für Obdachlose. Wie er ausführte, haben sich die Selbstkosten seit der letzten Festsetzung im Jahre 1951 namentlich durch die Steigerung der Personalkosten wesentlich erhöht. Eine volle Selbstkostendeckung komme mit Rücksicht auf die vorwiegend fürsorgerischen Zwecke dieser Anstalten nicht in Betracht. Es müsse aber getrachtet werden, zwischen Verpflegskosten und tatsächlichen Selbstkosten wenigstens eine angemessene Relation aufrecht zu erhalten. Die neue täglich Verpflegsgebühr wird zum Beispiel in den Altersheimen 25 Schilling, in den Heil- und Pflegeanstalten 28 Schilling, in den Erziehungsheimen 25 Schilling und in der Herberge für Obdachlose 15 Schilling betragen.

GR. Dr. Christoph (VO): Es scheint nachgerade Brauch im Gemeinderat zu werden, mindestens in jeder zweiten Sitzung die Erhöhung irgendwelcher Gebühren zu beantragen; dies zu einer Zeit, in der jede weitere Belastung der Wiener Bevölkerung nicht mehr zumuthbar ist. Ich muß meinem Befremden darüber Ausdruck verleihen, daß der Herr Vizebürgermeister, der seinerzeit sehr scharfe Worte gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife fand, heute diese Erhöhung vertritt. Es scheint seine damalige Erwägung weniger einem echten Gefühl für die Wiener Bevölkerung als vielmehr optischen Gründen entsprungen zu sein.

Die heutige Erhöhung betrifft wohl die Ärmsten der Armen unserer Bevölkerung. Sie beträgt bei den Altersheimen fast 43 Prozent, bei den Erziehungsheimen fast 20 Prozent und bei den Obdachlosenheimen sogar 76 Prozent. Ich gestatte mir den Herrn Vizebürgermeister zu fragen, welcher Bedienstete seit dem 1. August 1951 eine solche Gehaltserhöhung bekommen hat. Seine Fraktion werde daher diesem Antrag nicht zustimmen.

Vizebürgermeister Weinberger sagte in seinem Schlußwort, er hatte zunächst auch den Eindruck, daß es sich um eine untragbare Erhöhung handle. Es ist jedoch so, daß die tatsächlichen Leistungen nicht von dem Einzelnen bezahlt werden, sondern von der

Krankenkasse oder vom Fürsorgeverband. Daher ist es falsch zu glauben, daß hier arme Leute direkt betroffen werden. Praktisch bedeutet die Erhöhung nur eine andere Verrechnungsart, die jedoch das Defizit der städtischen Anstalten verringert.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten ohne die Stimmen der VO angenommen.

Gasheizgeräte für Winterbauarbeiten

GR. Billmaier (SPÖ) referierte einen Antrag auf Anschaffung von 30 Gasheizgeräten mit den zusätzlich erforderlichen Einrichtungen, mit denen Winterarbeiten auf den städtischen Wohnhausbauten ermöglicht werden sollen. Die Kosten der Anschaffung betragen 1,4 Millionen Schilling. Der Referent wies darauf hin, daß die Gemeinde bereits 50 Thermo-Blöcke angeschafft und im vergangenen Winter mit Erfolg verwendet habe. Da die Bautätigkeit weiter gestiegen ist, ergab sich jedoch die Notwendigkeit, noch mehr Heizgeräte für die Winterbauperiode anzuschaffen. Abschließend ersuchte GR. Billmaier um die nachträgliche Genehmigung seines Antrages.

GR. Konir (SPÖ) knüpft an das heutige Referat des Gewerkschaftspräsidenten Böhm beim Gewerkschaftskongreß an, in dem es hieß, daß es wohl gelungen sei, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, jedoch nicht die Saisonarbeitslosigkeit zu verhindern. Jahr für Jahr müssen im Winter zehntausende Menschen feiern. Der Redner stellt fest, daß es durch die Verwirklichung der Wirtschaftspolitik der SPÖ gelungen ist, die Vollbeschäftigung zu erreichen. Er betont vor allem, daß die Sozialisten nicht nur in der Zweiten Republik die Vollbeschäftigung durchgesetzt haben, sondern schon in der Ersten Republik, allerdings nur die Gemeinde Wien, diesen Weg gegangen ist. Und wenn wir nun heute noch vor dem Problem der Winterarbeitslosigkeit stehen, so ist es wieder die Gemeinde Wien, die zeigt, "auch da kann man etwas ändern". Der Redner begrüßte daher die Anschaffung der Gasheizgeräte und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Schritt der Gemeinde Wien in ganz Österreich Nachahmung finden werde. Der Antrag finde die volle Zustimmung der Sozialistischen Fraktion. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Billmaier sagte in seinem Schlußwort, die Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe ist nicht so sehr ein Problem der Stadtverwaltung. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müßte auch von den staatlichen Stellen durchgeführt werden. Andererseits sollten auch die Bauunternehmer mehr Verständnis aufbringen. Der Redner verweist auf die guten Erfahrungen, die man besonders in den skandinavischen Ländern mit der Winterarbeit gemacht hat. In Österreich fehlt jedoch eine wirkliche Planung in der Bauwirtschaft, die jedoch die Gemeinde Wien allein nicht durchführen kann. Wird diese Planung einmal verwirklicht, dann wird es auch mit der Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit fühlbar besser werden.

(GR. Mühlhauser (ÖVP): Sind Sie Referent oder Debattenredner?)

Jedenfalls hat die Gemeinde Wien mit der Anschaffung der Gasheizgeräte einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit geleistet. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Debatte über Ringturm-Nachbarhaus

21. Oktober (RK) GR. Wohlmuth (ÖVP) stellt den Antrag auf Genehmigung der Baubewilligung zur Errichtung einer Wohnhausanlage an Stelle der durch Kriegseinwirkung zerstörten Häuser auf der Liegenschaft 1, Schottenring 28-30.

GR. Dr. Wollinger (ÖVP) erklärt, es handle sich hier um ein Bauwerk, das in der schönsten Straße Wiens, nämlich auf dem Ring, entstehen soll. Es ist daher selbstverständlich, daß die gesamte Wiener Bevölkerung einem solchen Bauvorhaben lebhaftes Interesse entgegenbringt. Der Redner kritisiert nun, daß bei dem geplanten Bauwerk nur 63 Prozent der verbauten Fläche für Wohnräume verwendet werden sollen. Von den 8.000 Quadratmetern Fläche werden 2.000 Quadratmeter der Gebietskrankenkasse als Ambulatorium dienen. 500 Quadratmeter sind für Geschäftslokale vorgesehen und 300 für einen Kindergarten. Man kann also kaum von einer Wohnhausanlage sprechen. Man will der Gebietskrankenkasse in diesem örtlich so vorteilhaft gelegenen Platz Raum für zwei Ambulatorien zur Verfügung stellen, wo anläßlich des Ärztestreikes von dieser erklärt wurde, keine weiteren Ambulatorien zu errichten. Der Redner bezeichnet auch die in dem Bau geplanten Wohnungen als zu klein und

als nicht familiengerecht. Er verweist darauf, daß von Seiten der Bezirksvorstehung des 1. Bezirkes der Vorschlag ergangen ist, an der genannten Stelle ein Verwaltungsgebäude für sämtliche Bauamtsabteilungen zu errichten. Es wären durch diese Zusammenlegung den Parteien viele unnötigen Wege von einem Amt zum anderen erspart worden. Leider hat man zu diesem Vorschlag keinerlei Stellung genommen. Wenn nun dort ein Wohnhaus mit schönen, lichten und genügend großen Wohnungen entstehe, werde seine Fraktion die Zustimmung geben. Gegen die Bevorzugung der Gebietskrankenkasse müsse sie jedoch schärfsten Einspruch erheben.

Stadtrat Thaller erklärt, die Stellungnahme Dr. Wollingers habe ein bezeichnendes Licht auf die soziale Gesinnung der ÖVP geworfen. Anlässlich des Ärztestreikes hat sich gezeigt, welche Gehässigkeit bei der ÖVP gegen die Krankenkasse herrscht. Diesen Widerwillen gegen die Krankenkasse habe sie auch hier deutlich bewiesen. Dieses Haus wird jedoch aus den Mitteln des Wiederaufbaufonds erbaut, da es ein durch Bomben zerstörtes Wohnhaus ist. Es handelte sich hauptsächlich um ehemalige Judenwohnungen, in denen während der letzten Jahre der NS-Zeit Büroräume untergebracht waren. Die ÖVP regt sich darüber auf, daß dort Geschäftslokale und Büros und ein Ambulatorium der Krankenkasse untergebracht werden sollen. Sie regt sich aber nicht auf, wenn der Wohnhauswiederaufbaufonds in unzähligen Gebäuden in ganz Österreich Klöster und Konvikte aufbaut. Wir waren so anständig und haben dem nie ein Hindernis in den Weg gelegt. Aber die ÖVP kennt in ihrem Groll gegen die Krankenkasse keine Grenzen. Die Gemeinde benützt den Wohnhauswiederaufbaufonds nicht dazu um Eigentumswohnungen zu schaffen. Eine ganze Anzahl von Geschäften und Büros, die ehemals dort untergebracht waren, mußten berücksichtigt werden. Außerdem dürfen auf Grund der Bauordnung in dieser Gegend im Erdgeschoß und im 1. Stock gar keine Wohnungen untergebracht werden, weil die Straßen zu schmal sind und der Lichteinfall nicht genügend groß ist. Aus diesem Grunde sind dort Büros und Geschäftslokale geplant worden. Die Krankenkasse muß ferner einen Baukostenzuschuß leisten. Auch der Mietzins ist ein höherer als bei Wohnungen. Zum Antrag der Bezirksvorstehung auf Errichtung eines Verwaltungsgebäudes ist zu sagen, daß die augenblickliche Not auf dem Wohnungssektor

einen solchen Bau noch nicht zuläßt. Es müssen alle Mittel aufgewendet werden, um Wohnungen zu bauen. Er freue sich jedoch auf den Tag, bis es nach Behebung der Wohnungsnot möglich sein werde, dem Gemeinderat einen Antrag auf Errichtung eines Verwaltungsgebäudes vorzulegen. Dann werde man aber von Seiten der ÖVP hören, wie sie über die Büropaläste schimpfen wird, die die Gemeinde Wien aus Steuermitteln erbaut. (Beifall bei SPÖ.)

GR. Wohlmuth stimmt in seinem Schlußwort hinsichtlich der Widmung der Räume den Ausführungen des GR. Dr. Wollinger zu, bittet jedoch der Baubewilligung die Zustimmung zu geben, da sich bei der Bauverhandlung keine Einwendungen ergeben haben.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen

Zusatzkredit für die Wiener Stadthalle

GR. Pfösch (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Gewährung eines Zusatzkredites für die Errichtung der Wiener Stadthalle, II. Bauteil, in der Höhe von 6 Millionen Schilling. Dieser Kredit soll insbesondere für die Anlagen der Gymnastik-, Ballspiel- und Eishalle, bzw. der Verwaltungsgebäude verwendet werden. Die Erhöhungen haben sich erst im Zuge der Bauausführung ergeben, nachdem verschiedene Wünsche der Sportorganisationen berücksichtigt werden mußten. Der verbaute Raum soll sich um ungefähr 10.000 Kubikmeter vergrößern.

GR. Dkfm. Dr. Prutscher (ÖVP) stellt fest, daß außer dem referierten Antrag über eine Sachkrediterhöhung von 6 Millionen Schilling in der heutigen Sitzung auch ein Antrag auf eine weitere Sachkrediterhöhung von 7 Millionen Schilling, gleichfalls für die Wiener Stadthalle, vorliegt. Man müsse sich fragen, wie es zu diesen so großen Überschreitungen überhaupt kam. Es sei bedauerlich, daß der Akt nicht dem Bauausschuß sondern dem Kulturausschuß zur Genehmigung vorgelegt wurde. Der Redner stellt einen Antrag, in dem die Vorlage des Aktes über die beiden Sachkrediterhöhungen im Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten verlangt wird und eine Aufgliederung, woraus sich diese Erhöhungen ergeben haben. Unter der Voraussetzung, daß diese Aufklärungen gegeben werden, stimme seine Fraktion dem vorliegenden Antrag zu.

Stadtrat Thaller erklärte im Schlußwort, man könne sich über eine solche Sache nicht in einer so lächerlichen Art, wie GR. Prutscher es getan hat, äußern. Die Wiener Stadthalle ist ein einmaliges Bauwerk, und es gibt sehr wenige solcher Bauten, da sie sowohl sportlichen wie kulturellen Veranstaltungen zu dienen haben wird. So ist es erklärlich, daß es auch den besten Fachleuten nicht gelingen kann, auf den ersten Anhieb alles bis ins Detail durchzuplanen. Beim Bau hat sich herausgestellt, daß eine ganze Reihe von Änderungen notwendig ist. Wir haben in Österreich keine besonderen Erfahrungen auf diesem Gebiet und haben deutsche Firmen heranziehen müssen, deren Projekte nach vielfachen Änderungen auch genehmigt wurden. Fachleute aus ganz Europa kommen nach Wien, um sich den Bau im jetzigen Zustand anzusehen, und ich glaube, wir werden uns einmal nicht schämen brauchen, wenn diese Halle fertig dasteht. Auch beim Bau von Burgtheater und Oper wurden ununterbrochen neue Projekte gezeichnet, und erst 1953 und Anfang 1954 hat man die endgültigen Pläne erstellt, obwohl man schon viele Jahre an den Gebäuden gebaut hat. Die Sachkrediterhöhungen sind nicht aus Leichtfertigkeit, sondern aus dem ehernen Muß des Bauens notwendig geworden. (Beifall bei der SPÖ.)

Beim Schlußwort des Berichterstatters Pfoch kam es zu lebhaften Zwischenrufen der ÖVP, als er erklärte, daß Mitglieder des Gemeinderatsausschusses, in dem diese Materie behandelt wurde, den GR.Dr. Prutscher falsch informierten. Beim Bau des Wiener Stadions sei von der ÖVP mit demselben Manöver vorgegangen worden, letzten Endes habe man aber das gelungene Werk doch anerkannt und es für sich reklamiert. Das werden sie auch bei der Stadthalle tun. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ. - GR.Dr. Prutscher: Also keine Aufklärung über die Ziffern!)

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters angenommen. (GR.Dr. Prutscher: Über meinen Antrag ist nicht abgestimmt worden!) Vorsitzende Potetz: Ich kann über den Antrag nicht abstimmen lassen, weil er der Geschäftsordnung nicht entspricht, er gehört zu einer anderen Gruppe! (Gegenrufe bei der ÖVP.) Vorsitzende Potetz: Der Berichterstatter hat die Ablehnung empfohlen. Wer für die Ablehnung ist, den bitte ich um ein Zeichen! - Das ist die Mehrheit! (Gemeinderat Schwaiger: Wieder

falsch abgestimmt!)

Städtischer Werkstättenhof in Erdberg

Hierauf berichtete Stadtrat Thaller über den Plan der Stadt Wien, in Erdberg auf einem für Wohnbauzwecke nicht geeigneten Grundstück einen Werkstättenhof zu schaffen. Diese Werkstätten dienen vor allem dazu, die Umsiedlung von Gewerbetreibenden aus dem zu assanierenden Gebiet zu erleichtern.

GR. Mazur (ÖVP) begrüßte es, daß den zur Umsiedlung gezwungenen Gewerbetreibenden moderner Arbeitsraum zur Verfügung gestellt wird, kritisiert aber die Bedingungen, unter denen diese Betriebsstätten von der Gemeinde Wien vergeben werden. Gegen die Stimmen der ÖVP wurde im August im Ausschuß beschlossen, daß für alle nach dem 1. September 1955 in einem Gemeindebau gemieteten Räume, die irgendwelchen Erwerbszwecken dienen, neben dem Mietzins durch volle 20 Jahre ein monatlicher Baukostenbeitrag von zwei bis sechs Schilling pro Quadratmeter zu entrichten ist. Nun soll die Magistratsabteilung 52 angewiesen worden sein, mindestens fünf Schilling pro Quadratmeter in Rechnung zu stellen. Das ist aber eine untragbare Belastung, weil dann ein Durchschnittsmieter jährlich außer der Miete und den Betriebskosten 6.000 Schilling und in 20 Jahren nicht weniger als 120.000 Schilling zu bezahlen hat. Außerdem öffnet die variable Festsetzung von zwei bis sechs Schilling dem Protektionismus Tür und Tor.

Aus diesen Erwägungen brachte der Redner einen Resolutionsantrag ein, wonach der Baukostenbeitrag für Geschäftslokale für neue Mieter einheitlich mit zwei Schilling festzusetzen ist und alle jene Mieter, die ihre Geschäftslokale in einem von der Gemeinde Wien demolierten Haus hatten, von der Bezahlung des Baukostenbeitrages zu befreien sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Thaller erklärte, daß solche Baukostenzuschüsse im Betrag von durchschnittlich drei Schilling eingehoben werden und nur dort, wo es sich ^{um} Geschäfte in prominentester Lage handelt, der Höchstzuschlag von sechs Schilling eingehoben wird. Für Werkstätten wird ein ganz niedriger Baukostenzuschuß eingehoben werden.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen, der Resolutionsantrag der Geschäftsgruppe IX überwiesen.

Einstellung der Autobuslinien 20 und 20 A

Stadtrat Dkfm. Nathschläger vertrat sodann den Antrag auf nachträgliche Genehmigung der dauernden und gänzlichen Einstellung der Kraftfahrlinien 20 (Heiligenstadt - Klosterneuburg-Kierling) und 20 A (Klosterneuburg, Weidling Bahnhof - Weidling). Seit Inkrafttreten des Gebietsänderungsgesetzes ist für die Stadt Wien der ursprüngliche Beweggrund, den Verkehr in diesem Gebiet zu übernehmen und auszugestalten, weggefallen. Dazu kommt, daß der Betrieb der seinerzeit geplant gewesenen Obus-Linien angesichts der beiden bestehenden privaten Kraftfahrlinien nicht ökonomisch ist und die weiteren Aufwendungen für die Fertigstellung des Obus-Betriebes wirtschaftlich nicht vertretbar sind. Eine ausreichende Verkehrsbedienung wird durch die beiden privaten Autobusunternehmen gewährleistet.

GR. Maller (VO) weist darauf hin, daß die Linie besonders von der Wiener Bevölkerung frequentiert wird. Schon jetzt sind täglich Klagen zu hören, und es fragt sich, wie das sein wird, wenn nur die beiden privaten Firmen den Autobusverkehr durchführen. In der Argumentation für die Einstellung der Linie heißt es auch, daß der Betrieb nicht wirtschaftlich sei. Aber den privaten Betrieben rentiert es sich, 785.000 Schilling dafür zu zahlen, daß sie das Geschäft allein machen können. Der Redner gibt auch zu bedenken, ob die privaten Unternehmer in der Lage sein werden, den Fahrplan einzuhalten, und ob der Wagenpark ausreichen wird. Seine Fraktion werde trotzdem für den Antrag stimmen, doch hoffe sie, daß Stadtrat Nathschläger es sich nicht zur Gewohnheit macht, solche Anträge auf Reprivatisierung vorzulegen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger sagt im Schlußwort, es sei ein einmaliger Vorgang, daß auf der gleichen Strecke drei verschiedene Unternehmungen eingesetzt sind. Es hat sich auch im Laufe der Zeit erwiesen, daß die beiden privaten Firmen ohne weiteres in der Lage sind, den Verkehr allein zu führen. Was die Wirtschaftlichkeit anbelangt, so müsse man berücksichtigen, daß öffentliche Verkehrsbetriebe anders kalkulieren als private. So sind allein die Pensionslasten der Wiener Verkehrsbetriebe ein ins Gewicht fallender Posten. Abschließend weist der Stadtrat darauf hin, daß sich die Aufsichtsbehörde davon überzeugen werde, ob die beiden Firmen in der Lage sind, den Verkehr klaglos zu bewältigen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Förderung wissenschaftlicher Arbeiten in städtischen Spitälern

GR. Dr. Eberle (ÖVP) referierte einen Antrag, zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten in städtischen Krankenanstalten für heuer 200.000 Schilling zu genehmigen. Dr. Eberle wies darauf hin, daß von den Ärzten in den städtischen Spitälern immer Klage geführt wurde, daß für wissenschaftliche Arbeiten kein Geld zur Verfügung steht, während in den Kliniken große Bibliotheken vorhanden sind. Deshalb soll für die Förderung wissenschaftlicher Arbeiten in den städtischen Krankenanstalten heuer zum ersten Mal ein Betrag von 200.000 Schilling bereitgestellt werden.

GR. Univ.Prof.Dr. Mandl (SPÖ) betont, daß bei der heutigen Entwicklung die ununterbrochene Fortbildung des Arztes unbedingt notwendig ist. Die Meinung, daß nur die Kliniken das Reservat wissenschaftlicher Betätigung besitzen, besteht heute nicht mehr zu Recht. Eine Untersuchung ergab, daß bis 1938 fast 50 Prozent aller bedeutenden wissenschaftlichen Arbeiten aus den Gemeindespitälern hervorgegangen sind. Seither hat sich jedoch das Verhältnis sehr zu Ungunsten der Gemeindespitäler verändert. Mit dieser erstmaligen zur Verfügungstellung von Geldmitteln ist ein begrüßenswerter Anfang gemacht worden.

GR.Dr. Eberle unterstreicht in seinem Schlußwort nochmals, daß sich die Ärzteschaft schon seit Jahren um die Subventionierung ihrer wissenschaftlichen Arbeit in den städtischen Spitälern bemüht hat. Wenn der Gemeinderat heute nun diesen Antrag zustimmt, dann danke er dafür herzlich im Namen der Ärzteschaft.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Ein neuer städtischer Kindergarten im 5. Bezirk

GR. Frieda Nödl (SPÖ) referiert über Entwurf, Kosten und Baubewilligung für einen neuen städtischen Kindergarten im 5. Bezirk, Heu- und Strohmarkt. Der Kindergarten wird drei Abteilungen, einen Spielsaal und eine Mutterberatungsstelle enthalten. Die Pläne verfaßte Arch.Dipl.Ing. Goder. Die Kosten werden voraussichtlich 2,6 Millionen Schilling betragen. Als erste Baurate für 1955 ist eine halbe Million vorgesehen.

GR. Lauscher (VO) begrüßt die Schaffung des Kindergartens, bittet jedoch nicht auf die Schaffung von Horten zu vergessen, denen ebenso großes Augenmerk zugewendet werden müßte. Die zuständige Verwaltungsgruppe möge die Voraussetzungen schaffen, damit in Margareten an einer geeigneten Stelle neue Hortgruppen errichtet werden können.

GR. Frieda Nödl verzichtet auf das Schlußwort. Der Antrag wurde bei der Abstimmung einstimmig angenommen.

Sodann begründet GR.Maller (VO) den von seiner Fraktion gestellten Dringlichkeitsantrag, betreffend Sofortmaßnahmen zur Verbilligung der Verkehrstarife. Er stellt fest, daß diese Erhöhung für die Haushalte der Arbeiter und Angestellten eine enorme Belastung bedeutet. Seine Fraktion ist der Auffassung, daß es unmöglich ist, diese Erhöhung aufrecht zu erhalten und bringt daher einige Vorschläge zur Erleichterung ein, so die Ausdehnung der Fünftage-Wochenkarte auch auf den Sonntag, Einführung von Kurzstreckentarifen, Schaffung von kombinierten Straßenbahn- und Autobuswochenkarten, Herabsetzung des Preises der Sonntags-Rückfahrkarten von 3.60 auf 3 Schilling. Der Redner bittet, die Worte, die der Präsident des Wiener Landtages heute hier gesprochen hat, "Wo ein Wille ist, ist auch

ein Weg", auch bei der Behandlung des Antrages seiner Fraktion anzuwenden.

Dem Antrag wurde die Dringlichkeit gegen die Stimmen der VO nicht zuerkannt.

1.526 neue Gemeindewohnungen

Unter zahlreichen Geschäftsstücken, die ohne Debatte angenommen wurden, befanden sich auch die Entwürfe, Kosten und Baubewilligungen für die Errichtung von 15 neuen städtischen Wohnhausanlagen mit zusammen 1.526 Wohnungen, die mehr als 152 Millionen Schilling kosten werden, sowie der Bau von vier neuen städtischen Kindergärten mit einem Kostenaufwand von 7,5 Millionen Schilling.

- - -

Ehrung des Verwalters des Altersheimes Liesing
=====

21. Oktober (RK) Gestern wurde in Anwesenheit von zahlreichen Beamten des Magistrates, Ärzten, Schwestern und Angestellten, aber auch von Vertretern der Pflinglinge der 65. Geburtstag des Anstaltsleiters Oberamtsrat Carl Schneider im Festsalle der Anstalt würdig gefeiert. Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger, nahm die Gelegenheit wahr, Schneider nicht nur als einem der besten Verwalter zu danken, sondern auch seine gesamte 35-jährige Tätigkeit im Anstaltsdienst und seine noch längere im Gemeindedienst überhaupt, zu würdigen. Nach dem Vizebürgermeister beglückwünschten noch eine Reihe anderer Festteilnehmer das Geburtstagskind. Oberamtsrat Schneider dankte abschließend in herzlicher Weise.

- - -

Freisprechungsfeier von Wiener Lehrlingen
=====

21. Oktober (RK) Am Mittwoch fand im Lehrlingsheim Augarten die Freisprechungsfeier für zusammen 27 Lehrlinge und Lehrlingmädchen aus den Wiener Städtischen Lehrlingsheimen statt. Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger, gratulierte den jungen Gesellen und Gesellinnen und wünschte ihnen für ihr weiteres Leben alles Gute. Vizebürgermeister Weinberger erinnerte in diesem Zusammenhang an die Notwendigkeit der Schaffung eines Übergangsheimes für freigesprochene Lehrlinge und Lehrlingmädchen, die sonst gezwungen sind, unter oft sehr ungünstigen Verhältnissen zu wohnen und zu leben. Der Feier wohnten mehrere Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für das Gesundheitswesen, des Jugend- und Arbeitsamtes und Meister und Meisterinnen der Lehrlinge bei.

- - -